Verordnung des Landratsamtes Erlangen-Höchstadt über das Wasserschutzgebiet im Markt Heroldsberg und in gemeindefreiem Gebiet, Landkreis Erlangen-Höchstadt, zum Schutz des Brunnen IV für die öffentliche Wasserversorgung des Marktes Heroldsberg

vom 04.07.2013

Das Landratsamt Erlangen-Höchstadt erlässt aufgrund des § 51 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl I Nr. 51 S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.2013 (BGBl I S. 734) i. V. m. Art. 31 Abs. 2 und 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl S. 822), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.2013 (GVBl S. 174), folgende

Verordnung:

§ 1 Allgemeines

§ 2 Schutzgebiet
(1) Das Schutzgebiet besteht aus einem Fassungsbereich, einer engeren Schutzzone und einer weiteren Schutzzone.
(3) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.
(4) Der Fassungsbereich ist durch eine Umzäunung, die engere Schutzzone und die weitere Schutzzone sind, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

§ 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen
(1) Es sind

<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
<th>in der engeren Schutzzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. bei Eingriffen in den Untergrund (ausgenommen in Verbindung mit den nach Nrn. 2 bis 5 zugelassenen Maßnahmen)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.1</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Aufschlüsse oder Veränderungen der Ercoberfläche, auch wenn Grundwasser nicht ausgedrückt wird, vorzunehmen oder zu erweitern; insbesondere Fischtiche, Kies-, Sand- und Torgruben, Steinbrüche, Überbaggerungsbau und Torfsiche</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.2</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Wiederverfüllung von Erdauflächen, Baugruben und Leitungsgräben sowie Geländeausfüllungen</td>
<td>nur zulässig mit dem ursprünglichen Ersatz in den Zuge von Baummaßnahmen und sofern die Bodenauflage wiederhergestellt wird</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>1.3</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Nrn. 2.1, 3.7 und 6.11)</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>1.4</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Durchführung von Bohrungen</td>
<td>nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.5</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Untertagebergbau, Tunnelbauten</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>2. bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.1</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td></td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>2.2</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anlagen nach § 62 WiG zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>nur zulässig entsprechend Anlage 2, Ziffer 2 für Anlagen, wie sie im Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft (max. 1 Jahresbedarf) üblich sind</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>entspricht Zone</td>
<td>in der weiteren Schutzzone</td>
<td>in der engeren Schutzzone</td>
</tr>
<tr>
<td>----------------</td>
<td>----------------------------</td>
<td>--------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>2.3 Umgang mit wasser gefährdenden Stoffen nach § 62 Abs. 3 WHG außerhalb von Anlagen nach Nr. 2.2 (siehe Anlage 2, Ziffer 3)</td>
<td>nur zulässig für die kurzfristige (wenige Tage) Lagerung von Stoffen bis Wasser gefährdungsklasse 2 in dafür geeigneten, dichten Transportbehältern bis zu je 200 Liter</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>2.4 Abfall i. S. d. Abfallgesetze und bergbauliche Rückstände abzulagern (die Behandlung und Lagerung von Abfällen fällt unter Nr. 2.2 und Nr. 2.3)</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.5 Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3. bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen</td>
<td>nur Kleinkläräranlagen mit biologischer Reinigungsstufe für bestehende bauliche Anlagen zulässig, wenn die Dichtheit und Stand sicherheit durch geeignete Konzeption, Bauausführung und Baubehörde sichergestellt ist</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.1 Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern einschließlich Kleinkläräranlagen</td>
<td>nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichten Behältern ausgestattet sind</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.2 Regen- oder Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.3 Trockenanbrote</td>
<td>nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichten Behältern ausgestattet sind</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.4 Ausbringen von Abwasser</td>
<td>verboten, ausgenommen gereinigtes Abwasser aus dem Ablauf von Kleinkläräranlagen zusammen mit Gülle oder Sauchereiendruckwasser</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.5 Anlagen zur Versickerung von Abwasser oder zur Einleitung oder Versickerung von Kühlwasser oder Wasser aus Wärmepumpen ins Grundwasser zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.6 Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen, abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern (auf die Erlaubnispflichtigkeit nach § 8 Abs. 1 WHg i. V. m. § 1 NWFFreiV wird hingewiesen)</td>
<td>nur zulässig bei ausreichender Reinigung durch flächige Versickerung über den bewachsenen Oberboden oder gleichwertige Filteranlagen; verboten für Niederschlagswasser von Gebäuden auf gewerblich genutzten Grundstücken</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>3.7 Abwasserleitungen und zugehörige Anlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>nur zulässig zum Ableiten von Abwasser, wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor der Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch Sichtprüfung und alle 10 Jahre durch Druckprobe oder anderes gleichwertiges Verfahren überprüft wird; Durchleiten von außerhalb des Wasserschutzgebietes gesammeltem Abwasser verboten</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4. bei Verkehrs wegen, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, Hausgärten, sonstigen Handlungen</td>
<td>nur zulässig für klassifizierte Straßen, wenn die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RStWag)“ in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden und wie in Zone II</td>
<td>nur zulässig für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkte Öffentliche Wege, Edenstimmwege und Privatwege und bei breiträumigem Versickern des abfließenden Wassers</td>
</tr>
<tr>
<td>4.1 Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>nur zulässig für klassifizierte Straßen, wenn die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RStWag)“ in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden und wie in Zone II</td>
<td>nur zulässig für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkte Öffentliche Wege, Edenstimmwege und Privatwege und bei breiträumigem Versickern des abfließenden Wassers</td>
</tr>
<tr>
<td>4.2 Eisenbahn anlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>entspricht Zone</td>
<td>in der weiteren Schutzzone</td>
<td>in der engeren Schutzzone</td>
</tr>
<tr>
<td>----------------</td>
<td>---------------------------</td>
<td>--------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>4.3 wassergefährdend auswaschbare oder auslaugbare Materialien (z. B. Schlacke, Teer, Imprägnierungsmittel u. A.) zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- oder Wasserbau zu verwenden</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.4 Baustellenanrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.5 Bade- oder Zeltpaläte einrichten oder zu erweitern; Camping aller Art</td>
<td>nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelleitwasserung unter Beachtung von Nr. 3.7</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.6 Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelleitwasserung unter Beachtung von Nr. 3.7; verboten für Tontaubenschußanlagen und Motorsportanlagen</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.7 Großveranstaltungen durchzuführen</td>
<td>nur zulässig mit ordnungsgemäßer Abwasserentsorgung und ausreichenden, befestigten Parkplätzen (wie z. B. bei Sportanlagen); verboten für Feld- und Motorsport</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.8 Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.9 Flugplätze einschließlich Sicherheitsflächen, Notabwurfpätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.10 Militärische Übungen durchzuführen</td>
<td>nur Durchfahren auf klassifizierten Straßen zulässig</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.11 Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.12 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen, die nicht landwirtschaftlich oder gärtnerschlich genutzt werden (z. B. Verkehrswege, Rasenflächen, Friedhöfe, Sportanlagen)</td>
<td>nur zulässig bei standort- und bedarfsgerechter Düngung</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.13 Düngen mit Stickstoffdüngern</td>
<td>nur zulässig nach Maßgabe der Bezugsbereitstellung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70% der nutzbaren Fassigkeitskapazität</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>4.14 Beregnung von öffentlichen Grünanlagen, Rasensport- und Golfplätzen</td>
<td>nur zulässig nach Maßgabe der Bezugsbereitstellung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70% der nutzbaren Fassigkeitskapazität</td>
<td>verboten</td>
</tr>
</tbody>
</table>

5. bei baulichen Anlagen

5.1 bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern | nur zulässig, wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt oder in eine dichte Sammelleitwasserung eingeleitet wird unter Beachtung von Nr. 3.7 und wenn die Grundwasserscheide mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand liegt und wenn die Schutzwirkung der Grundwasserüberdeckung nicht wesentlich beeinträchtigt wird | verboten |

5.2 Ausweisung neuer Baugebiete | nur zulässig gemäß Anlage 2, Ziffer 4 a oder für in dieser Zone bereits vorhandene landwirtschaftliche Anwesen, wenn die Anforderungen gemäß Anlage 2, Ziffer 4 b eingehalten werden | verboten |

5.3 Stellungen zu errichten oder zu erweitern² | nur zulässig gemäß Anlage 2, Ziffer 4 b eingehalten werden | verboten |

5.4 Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silageseckersatz zu errichten oder zu erweitern² | nur zulässig mit Leckgaserkennung oder gleichwertiger Kontrollmöglichkeit der gesamten Anlage einschließlich Zuleitungen | verboten |

5.5 ortsfeste Anlagen zur Gärfluterbereitung zu errichten oder zu erweitern² | nur zulässig mit Auflagebehälter für Silageseckersatz, Behälter für Anlagen größer als 150 m³ entsprechend Nr. 5.4 | verboten |
<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
<th>in der engeren Schutzzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>6.1</td>
<td>Dünken mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärresten aus Biogasanlagen und Festmistkompost</td>
<td>nur zulässig wie bei Nr. 6.2</td>
</tr>
<tr>
<td>6.2</td>
<td>Dünken mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngemitteln (ohne Nr. 6.3)</td>
<td>nur zulässig, wenn die Stickstoffdüngung in zeit- und bedarfsgeleiteten Gaben erfolgt, insbesondere nicht auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>auf Grünland vom 15.11. bis 31.01. (ausgenommen Festmist in Zone III),</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>auf Ackerland vom 01.11. bis 31.01. (ausgenommen Festmist in Zone III),</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>auf Brachland</td>
</tr>
<tr>
<td>6.3</td>
<td>Ausbringen oder Lagern von Klar- oder klarlaugehaltigen Düngemitteln, Fakalklamm oder Gärresten bzw. Kompost aus zentralen Biogasanlagen</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.4</td>
<td>ganzjährige Bodendeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht</td>
<td>erforderlich, soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich, Bodendeckung durch Selbstbegrünung ist zulässig, eine wegen der nachfolgenden Fruchtart unvermeidbare Winterfrüchte darf erst ab 31.10. erfolgen</td>
</tr>
<tr>
<td>6.5</td>
<td>Lagern von Festmist, Sekundärrohstoffdüngemittel oder Mineralien auf unbefestigten Flächen</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.6</td>
<td>Gärfrüchteverdichtung außerhalb von ortsfesten Anlagen</td>
<td>nur zulässig in alleinig cichem Foliensilo bei Siliergut ohne Gärfrüchteverdichtung</td>
</tr>
<tr>
<td>6.7</td>
<td>Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferdeherdhaltung</td>
<td>nur zulässig auf Grünland ohne flächige Verletzung der Grasnarbe (siehe Anlage 2, Ziffer 5) oder für bestehende Nutzung, die unmittelbar an vorhandene Stallungen gebunden sind</td>
</tr>
<tr>
<td>6.8</td>
<td>Wildfutterplätze und Wildgatter zu errichten</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.9</td>
<td>Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luft</td>
<td>nur zulässig nach behördlicher Freigabe</td>
</tr>
<tr>
<td>6.10</td>
<td>Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen</td>
<td>nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsanlage oder bis zu einer Bodenfeuchtigkeit von 70 % der nützbaren Feldkapazität</td>
</tr>
<tr>
<td>6.11</td>
<td>landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorfluter, Dräne zum Aus- und Anlegen</td>
<td>nur zulässig für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen</td>
</tr>
<tr>
<td>6.12</td>
<td>besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 2, Ziffer 6 neu anzulegen oder zu erweitern</td>
<td>nur Gewächshäuser mit geschlossenem Entwässerungssystem zulässig.</td>
</tr>
<tr>
<td>6.13</td>
<td>Kahlschlag größer als 3.000 m² oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme (siehe Anlage 2, Ziffer 7)</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.14</td>
<td>Rodung</td>
<td>verboten</td>
</tr>
<tr>
<td>6.15</td>
<td>Nasskonservierung von Rundholz</td>
<td>verboten</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 siehe ATV-DVV-Merkblatt M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“
2 Es wird auf den Anhang 5 „Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Schlammrückständen (KGS-Anlagen)“ der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergeführenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenerverordnung, VAws) in der jeweils geltenden Fassung hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält. Arbeitsblätter mit Musterplänen sind bei der ALB Bayern e. V. erhältlich (Arbeitsblatt Nr. 10.15.04 „Lagerung von Flüssigmist“, Nr. 10.15.07 „Lagerung von Festmist“, Nr. 10.09.01 „Flachsilos und Stickstoffableitung“)“

(2) Im Fassungsbereich (Schutzzone I) sind sämtliche unter den Nrn. 1 bis 6 aufgeführten Handlungen verboten. Das Betreten ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.

(3) Die Verbote und Beschränkungen des Abs. 1 und 2 gelten hinsichtlich der Nrn. 3.6 und 5.1 nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und Wasserableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.
§ 4 Befreiungen
Für die Erteilung von Befreiungen von den Verboten des § 3 gilt § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen
(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebiets haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestanden und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verboten des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamtes Erlangen-Höchstadt zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.

(2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach § 52 Abs. 4 WHG i. V. m. §§ 96 - 98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebiets

§ 7 Kontrollmaßnahmen


(3) Sie haben ferner das Betreten der Grundstücke durch Bedienten des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt sind, oder der von ihnen Beauftragten, zur Wahrnehmung der Eigenüberwachungspflichten gemäß § 3 der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung - EÜV) in der jeweils geltenden Fassung zu gestatten, die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu ermöglichen.

§ 8 Entschädigung und Ausgleich
(1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergebende Anordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung nach § 4 oder andere Maßnahmen vermildert oder ausgeglichen werden kann, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach § 52 Abs. 4 WHG i. V. m. §§ 96 - 98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.

(2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergebende Anordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäß land- oder forstwirtschaftliche Nutzung einschränken oder Mehr-

aufwendungen für den Bau und Betrieb land- und forstwirtschaftlicher Betriebsanlagen zur Folge haben, ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich nach Art. 32 i. V. m. Art. 57 BayWG zu leisten. Dies gilt für neue Betriebsstandorte nur, wenn keine anderen Möglichkeiten der räumlichen Betriebseinschrankung bestehen oder geschaffen werden können (Art. 32 Satz 1 Nr. 2 b BayWG).

§ 9 Ordnungswidrigkeiten
Nach § 103 Abs. 1 Nr. 7 a, Abs. 2 WHG und Art. 74 Abs. 2 Nr. 1 BayWG kann mit Geldbuße bis zu 50.000,00 € belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 und Abs. 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. einer Duldungspflicht nach § 5 Abs. 1, § 6, § 7 Abs. 1 und 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt oder
3. den Pflichten des § 7 Abs. 3 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

§ 10 Inkrafttreten
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Erlangen-Höchstadt in Kraft.

Höchstadt a. d. Alisch, den 04.07.2013
Landratsamt Erlangen-Höchstadt
Eberhard Ilstringer
Landrat

Anlage 1 Übersichtsplan

Anlage 2

Maßgaben zu § 3 Abs. 1 Nrn. 2, 3, 5 und 6

1. Wassergefährdende Stoffe (zu Nr. 2)
Es ist jeweils die aktuelle Fassung der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Wasserschutzgesetz über die Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wassergefährdungsklassen (Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe - VwVwS)” zu beachten.

2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (zu Nr. 2.2)
Im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht zulässig.

In der weiteren Schutzzone sind nur zulässig:

1. oberirdische Anlagen der Gefährdungstufen A bis C, die in einem Auffangraum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwändig ausgeführt und mit einem Leckzweigleitgerät ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können.

2. unterirdische Anlagen der Gefährdungstufen A und B, die doppelwändig ausgeführt und mit einem Leckzweigleitgerät ausgerüstet sind.

Die Prüfpflicht richtet sich nach der VwS.
Unter Nr. 2.2 können auch Abfälle z. B. im Zusammenhang mit Kompostieranlagen oder Wirtsställen fallen. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltöpfen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

3. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen (zu Nr. 2.3)

Von der Nr. 2.3 sind nicht berührt:
- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Nrn. 4.12, 4.13, 6.1, 6.2, 6.5 und 6.6,
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwenden von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- Kleinmengen für den privaten Haushaushalt,
- Kompostierung im eigenen Garten.

Entsprechend VAVS werden an Abfußplätze von Heizölverbraucheranlagen über die betrieblichen Anforderungen hinaus keine Anforderungen gestellt.

4. Ställungen (zu Nr. 5.3)

Ziffer 4 a:
1. Mit Flussmüllverfahren:

Bei Ställungen für Tierbestände über 40 Dingeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Gülle auf mindestens zwei Behälter zu verteilen.

40 Dingeinheiten (= 3.200 kg Stickstoff pro Jahr) fallen bei folgenden Höchststundzahlen für einzelne Tierarten an:
- Milchkühe 40 Stück (1 Stück = 1,00 DL)
- Mastbulle 65 Stück (1 Stück = 0,62 DL)
- Mastaltär, Jungmastkühe 150 Stück (1 Stück = 0,27 DL)
- Mastschweine 300 Stück (1 Stück = 0,13 DL)
- Legehennen, Mastputen 3.500 Stück (100 Stück = 1,14 DL)
- sonst. Mastgeflügel 10.000 Stück (100 Stück = 0,4 DL)

Der Tierbestand darf bis zu 80 Dingeinheiten je Ställung bzw. 120 Dingeinheiten je Hofstelle nicht überschreiten. Bei mehreren Tierarten auf einer Hofstelle sind die entsprechenden Dingeinheiten aufzusammeln.

2. Mit Festmistverfahren:

Bei Tierbeständen über 80 Dingeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Jauche auf mindestens zwei Behälter zu verteilen.

Der Tierbestand darf bis zu 80 Dingeinheiten je Ställung bzw. 160 Dingeinheiten je Hofstelle nicht überschreiten. Bei mehreren Tierarten auf einer Hofstelle sind die entsprechenden Dingeinheiten aufzusammeln.

3. Mit gemischten Entmischungsverfahren:

Die maximalen Tierbestände je Hofstelle sind anteilig entsprechend Nr. 1 (Flüssigmüllverfahren) und Nr. 2 (Festmistverfahren) zu ermitteln.

4. Befreiung

Die Erteilung einer Befreiung nach § 4 ist bei bestandsgeschützten landwirtschaftlichen Betrieben möglich, wenn diese betriebsbedingt notwendig ist (Biotopenschutz) und das erhöhte Gefährdungspotential durch technische Anforderungen ausgeglichen werden kann, wenn dadurch der Trinkwasserschutz gewährleistet ist.

Ziffer 4 b:

Bei Gülle- bzw. Jauchekanälen ist zur jährlichen Dichteprüfung eine Leckageerkennung für die Fugenebereiche entsprechend Anhang 5 § 4.2 der VAVS vorzusehen.

Planbefestigte (geschlossene) Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind gemäß VAVS fluss- und reaktionseinsprudl. (beton mit hohem Wasserniedrigungswiderstand) auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung auf Unzulässigkeiten zu kontrollieren.

Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrenn. Abschnitt zu gliedern, die inzwischen auf Dichtkeit prüfbar und jederzeit reparierbar sind.


Die einschlägigen Regeln der Technik, insbesondere DIN 1045, sind zu beachten.

Der Beginn der Bauarbeiten ist bei der Kreisverwaltungsbehörde und dem Wasserversorgungsunternehmen innerhalb von 14 Tagen vorher anzuzeigen. Betriebe, die durch Zusammenschluss oder Teilung aus einem in Zone III vorhandenen Anwesen entstehen, gelten ebenfalls als „in dieser Zone bereits vorhandene Anwesen“.

5. Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferdehaltung (zu Nr. 6.7)

Eine flächige Verwertung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das wie bei herkömmlicher Rinderweide unvermeidbare Maß (Rindenformige oder punktuelle Verleimtheiten im Bereich von Treibwegen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

6. Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzungen (zu Nr. 6.12):
- Weinbau
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau (z. B. Spargel)
- Zierpflanzenanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten
- Obstbau, ausgenommen Streuobst

7. Kahlschlag und in der Wirkung gleichkommende Maßnahmen (zu Nr. 6.13)

Ein Kahlschlag liegt vor, wenn auf einer Waldfläche alle aufstockenden Bäume in einem oder in wenigen kurz aufeinander folgenden Eingriffen entfernt werden, ohne dass bereits eine ausreichende übernehmbare Verjüngung vorhanden ist und daher durch die Hiebmaßnahme auf der Fläche Freilandbedingungen (Klima) entstehen.

Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme ist eine Lichterweiterung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und dadurch an der Fläche ebenfalls Freiflächenbedingungen entstehen.

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere benachbarte Waldbesitzer Höfe durchführen, die in der Summe zu dem a. g. Freiflächenbedingungen führen.

Dagegen sind Hiebmaßnahmen eines oder mehrerer Waldbesitzer auf räumlich getrennten Teilflächen zulässig, wenn sie die Flächenobergrenzen dieser Verordnung lediglich in der Summe überschreiten.

Unter Kalamitäten sind Schäden durch Windzufall, Schneeburk oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, deren Beseitigung nur durch die Entnahme aller geschädigten Bäume und daher u. U. nur durch Kahlschlag möglich ist.